

Pressemitteilung

Wiesbaden, den 5. Mai 2025

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen -
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 5-0
Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Zur Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextremistisch“:

„Der Verdachtsfall war uns immer verdächtig!“

Die hessischen Ausländerbeiräte sehen sich bestätigt und werden weiter ihre Stimme erheben. Die Beweise lagen auf der Hand. Seit über acht Jahren prangern die Ausländerbeiräte den Rechtsextremismus der AfD an. Kritik aber auch an der Übernahme rechtsextremer Positionen durch andere Parteien.

„Bei allem Respekt vor der Expertise des Bundesamtes für Verfassungsschutz und seinen Mitarbeitern – aber hätte es wirklich erst eines über 1.000-seitigen Gutachtens bedurft, um zu dieser Erkenntnis zu gelangen?“, so der agah-Landesvorsitzende Enis Gülegen heute in Wiesbaden mit Blick auf die Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextremistisch“.

„Ein solches Ergebnis war erwartbar und längst überfällig! Die Lektüre des Grundsatzprogramms und der AfD-Wahlprogramme hätten gereicht, um das abscheuliche, menschenverachtende, demokratiefeindliche und in weiten Teilen faschistoide Weltbild der Rechtsextremisten zu entlarven“, so weiter der agah-Vorsitzende.

Genau das haben die hessischen Ausländerbeiräte in ihrer seit 2017 bestehenden Veranstaltungsreihe gemacht. „Wir sehen uns leider bestätigt und werden auch zukünftig unsere Stimme erheben. Gleichwohl ist zu befürchten, dass sich die Wählerschaft von der neuen Einstufung nicht abschrecken lässt. Daher bleibt es eine wichtige Aufgabe der demokratischen Parteien, die Wählerinnen und Wähler an sich zu binden. Dies gelingt aber nicht, wenn AfD-Positionen eins zu eins übernommen oder adaptiert werden“, so Enis Gülegen, der hierbei auch auf die nächste hessische Kommunalwahl im März 2026 anspielt.

Die Bewertung der gesamten AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ ist mehr als ein Warnzeichen: „Wer jetzt noch der Normalisierung des Umgangs mit der AfD das Wort redet oder AfD-Aussagen relativiert, stellt sich mit diesen Demokratiefeinden im Gewand einer Partei auf eine Stufe“, so mahndend der Landesvorsitzende.

Begrüßt wird die Absicht des Hessischen Innenministers, dienstrechtliche Konsequenzen für AfD-Mitglieder und Funktionäre im öffentlichen Dienst zu überprüfen. „Hier scheint es geboten, insbesondere Mitarbeitende bei der Polizei und dem Landesverfassungsschutz genauer unter die Lupe zu nehmen“, meint abschließend Enis Gülegen.